

1115/J XXIII. GP

Eingelangt am 28.06.2007

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Anfrage

der Abgeordneten Werner Amon
und Kollegen
an den Bundesminister für Soziales und Konsumentenschutz
betreffend unverständliche Äußerungen des Sozialministers

In der derzeitigen Pflegediskussion hat BM Buchinger in einem Interview festgehalten, dass er gegen die ÖVP-Forderung nach einer Verlängerung der Amnestie für die illegale Pflege über den 30. Juni 2007 hinaus, eintritt. Dies, obwohl viele Experten eine Verlängerung der Amnestie fordern, weil die derzeitige Pflegelösung nur einen ersten Schritt darstellt, nicht so rasch implementiert werden kann und die Pflegestufen 3 und 4 noch nicht erfasst sind. Die Äußerung von BM Buchinger bedeutet daher eine weitere Kriminalisierung der Betroffenen im Pflegebereich sowie eine Verunsicherung der Bevölkerung.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher an den Bundesminister für Soziales und Konsumentenschutz folgende

Anfrage:

1. Wieso haben Sie die Auffassung vertreten, dass eine Verlängerung der Amnestie für illegale Pflege nicht um ein halbes Jahr verlängert werden soll und damit die Betroffenen im Pflegebereich weiter kriminalisieren und verunsichern wollen?
2. Wieso haben Sie diese Position aufgrund welcher Argumente nunmehr aufgegeben?